

**Ausführungsvorschriften zu § 2 der Verordnung zur Durchführung des § 9 Absatz 1 Satz 2 und des § 25 Absatz 2 Satz 1 der Bundesnotarordnung (Zweite Hamburgische Notarverordnung) vom 11. November 2011 (HmbJVBl. 2011, S. 505 f.)**

21 12.12.13  
AV der Behörde für Justiz und Gleichstellung Nr. ... vom [REDACTED]

**A. Vorbemerkungen**

Diese Ausführungsvorschriften konkretisieren die in § 2 der Zweiten Hamburgischen Notarverordnung (HambNotVO) getroffenen Regelungen für die Genehmigung von Sozietätsverträgen mit Blick auf Teilzeit- und Versorgungsregelungen. Nach § 2 Absatz 1 HambNotVO ist die Genehmigung unter anderem dann zu versagen, wenn Vereinbarungen gegen gesetzliche Bestimmungen, den Grundsatz der Unveräußerlichkeit des Notaramtes oder die Richtlinien der Hamburgischen Notarkammer nach § 67 Absatz 2 BNotO in der zum Zeitpunkt der Genehmigung geltenden Fassung verstoßen oder die persönliche und eigenverantwortliche Amtsführung, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit einer Notarin oder eines Notars beeinträchtigt wird. Mit diesen Verwaltungsvorschriften stellt die Behörde für Justiz und Gleichstellung verbindliche Vorgaben für die Auslegung der vorgenannten unbestimmten Rechtsbegriffe auf, um die erforderliche Einheitlichkeit der Maßstäbe bei der Genehmigung von Sozietätsverträgen sicher zu stellen. Danach liegen die vorgenannten Versagungsgründe insbesondere dann nicht vor, wenn die nachfolgenden Regelungen bei der Gestaltung von Teilzeit- und Versorgungsregelungen beachtet werden.

**B. Ausführungsvorschriften**

**I.**

**Teilzeit**

1. Teilzeitregelungen in Sozietätsverträgen sind genehmigungsfähig, wenn sie vorsehen, dass

a) für die Teilzeittätigkeit ein rechtfertigender Grund vorliegt,

- b) die Notarin beziehungsweise der Notar unter Anlegung eines zeitlichen Maßstabes noch mindestens 50 % der üblichen Wochenarbeitszeit sein Amt ausübt und
- c) eine Erreichbarkeit der Notarin beziehungsweise des Notars im Rahmen üblicher Geschäftszeiten grundsätzlich sichergestellt ist.

2. Rechtfertigungsgründe im Sinne von Nummer 1 Buchstabe a) sind:

- a) Die Erziehung im eigenen Haushalt lebender minderjähriger Kinder,
- b) die Betreuung amtsärztlich nachgewiesener pflegebedürftiger naher Angehöriger; dies umfasst Verwandte in auf- und absteigender Linie, Ehe- oder eingetragene Lebenspartner beziehungsweise Ehe- oder eingetragene Lebenspartnerinnen sowie in häuslicher Gemeinschaft lebende Lebensgefährten beziehungsweise Lebensgefährtinnen,
- c) eine amtsärztlich nachgewiesene, die eigene Arbeitsfähigkeit beeinträchtigende Erkrankung oder
- d) die Vollendung des 60. Lebensjahres (Altersteilzeit).

3. Abweichend von Nummer 1 Buchstabe b) darf die Arbeitszeit für einen Zeitraum von höchstens einem Jahr auf unter 50 %, mindestens jedoch auf 25 % der üblichen Wochenarbeitszeit reduziert werden für

- a) die Betreuung eines im eigenen Haushalt lebenden Kindes bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres,
- b) die Betreuung eines amtsärztlich nachgewiesenen pflegebedürftigen im eigenen Haushalt lebenden Kindes.

4. Die Gewinnquote des in Teilzeit tätigen Sozius darf entsprechend der reduzierten Arbeitszeit gesenkt werden.

## II.

### Versorgungsleistungen auf Rentenbasis

1. Regelungen über Versorgungsleistungen auf Rentenbasis sind genehmigungsfähig, wenn sie vorsehen, dass

- a) die beziehungsweise der Anspruchsberechtigte beziehungsweise im Falle von Witwen-/Witwern-/Waisenrenten beziehungsweise Rentenzahlungen an Lebensgefährtinnen

- oder Lebensgefährten verstorbener Sozien der vormalige Sozien der Sozietät mindestens fünf Jahre angehört hat; dies gilt nicht für Berufsunfähigkeitsrenten,
- b) die Summe aller Versorgungsleistungen 10 % des Gesamtergebnisses der Sozietät nicht überschreitet,
- c) den aktiven in Vollzeit arbeitenden Sozien monatlich jeweils mindestens ein zu versteuernder Gewinnanteil aus den Erträgen der Sozietät in Höhe der Bruttobezüge eines Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht (R 3) zuzüglich des doppelten Beitrags zum Notarversorgungswerk sowie angemessener Krankenversicherungsbeiträge für sich selbst, den Ehe- oder eingetragenen Lebenspartner beziehungsweise die Ehe- oder eingetragene Lebenspartnerin oder in häuslicher Gemeinschaft lebende Lebensgefährtin beziehungsweise lebenden Lebensgefährten sowie unterhaltsberechtignte Kinder verbleiben,
- d) der monatliche Rentenanspruch eines ausgeschiedenen Sozien beziehungsweise der monatliche Rentenanspruch von Witwen beziehungsweise Witwern, Waisen oder Lebensgefährtinnen beziehungsweise Lebensgefährten den in Buchstabe c) niedergelegten Eigenbehalt der aktiven in Vollzeit arbeitenden Sozien, abzüglich des doppelten Beitrags zum Notarversorgungswerk, nicht überschreitet, und
- e) evtl. Renten(fort-)zahlungsansprüche von Waisen und Witwen beziehungsweise Witwern oder Lebensgefährtinnen beziehungsweise Lebensgefährten verstorbener Sozien am letzten Tag des Monats, in dem der verstorbene Sozien sein 80. Lebensjahr vollendet hätte, erlöschen.

2. Bestehende Rentenzahlungsverpflichtungen aus Altregelungen können anteilig auf neu eintretende Sozien verteilt werden.

### III.

#### **Ausgleichszahlungen für Gewinnanteile und Anteile am Betriebsvermögen**

1. Regelungen zum pauschalen Ausgleich „nachlaufender Gewinnanteile“ in angemessener Höhe sind bis zu einer Dauer von 6 Monaten genehmigungsfähig.
2. Regelungen über Ausgleichszahlungen für Anteile am Betriebsvermögen sind höchstens bis zur Höhe des Verkehrswertes genehmigungsfähig. Sofern daneben eine Versorgungsregelung auf Rentenbasis besteht, sind bei Gesamtbetrachtung aller Zahlungsverpflichtungen der aktiven Sozien die Deckelungen des Abschnitts II. Nummer 1 Buchstaben b) und c) einzuhalten.

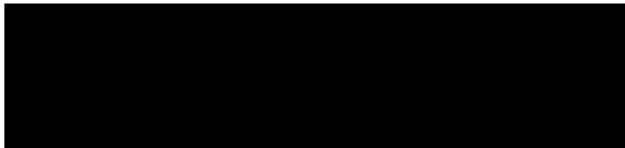
### IV.

### **Übergangsregelung**

Für bereits vor dem Inkrafttreten dieser Ausführungsvorschriften genehmigte Versorgungsregelungen gilt Abschnitt II. Nummer 1 nicht.

### **C. Schlussbestimmung**

Diese Allgemeine Verfügung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft und wird im Hamburgischen Justizverwaltungsblatt bekanntgegeben.



Behörde für Justiz und Gleichstellung